

# AfD-WIRKT

EINBLICKE IN DEN LANDTAG  
VON **BADEN-WÜRTTEMBERG**

durch den Landtagsabgeordneten **Udo Stein.**

**MEINE ARBEIT**

**IM LANDTAG**

Ausgabe 1



# Liebe Bürger,

Vor über einem Jahr wurde ich als Ihr Abgeordneter in den Landtag von Baden-Württemberg gewählt. Sicher haben Sie in den letzten Monaten viel über die baden-württembergische AfD-Fraktion gelesen. Nicht alles dabei war positiv. Über unsere konstruktive Arbeit schweigt sich die Presse gerne aus. Eines ist jedoch ganz klar: Wir sind die einzige wirkliche Opposition in diesem Land.

Gegen alle Widrigkeiten sind wir es, die die konservative Flagge im Land hochhalten und so gegen eine erdrückende politische Macht ankämpfen, welche jedes Mittel nutzt, um uns als Politiker und Menschen zu diskreditieren. So ist es auch wenig verwunderlich, dass all unsere Anträge kategorisch abgelehnt werden. Nicht etwa, weil sie unsinnig gewesen wären, sondern einfach nur deshalb, weil besagte Anträge aus der Feder der AfD stammen. Es erstaunt daher nicht, dass einige Anträge in leicht geänderter Form nur kurz darauf von den anderen Fraktionen eingereicht wurden.

Das ist die politische Realität in diesem Land!

Mit diesem Rundschreiben erhalten Sie einen Blick über meine tägliche Arbeit für Sie im Landtag von Baden-Württemberg.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen!

# Udo Stein

**Alternative**  
für  
**Deutschland**



# AfD wirkt auch aus der Rolle der Opposition heraus!

## Erfolge der AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg:

- Die AfD prangert öffentlich das Gebaren der Abgeordneten an, sich eine Diätenerhöhung, eine höhere Mitarbeiterpauschale, eine höhere Büropauschale, sowie eine bessere Altersvorsorge zu gönnen. Dadurch gerät diese Thematik in den öffentlichen Fokus und der Hauptstreitpunkt, die bessere Altersvorsorge, wird erstmal auf Eis gelegt.
- Die AfD fordert ein Verbot der Burka. Zuerst lehnen dies alle Parteien ab, nur um dann selbst einen Antrag zu stellen, welcher zwar nicht so weit geht wie der Antrag der AfD, aber dennoch die Thematik behandelt. Ohne die AfD hätte es wohl nicht einmal diesen Teilerfolg geben.
- Die AfD fordert einen Untersuchungsausschuss zum Thema Linksextremismus und ein Verbot der illegalen Internetplattform "LinksUnten/Indymedia". Der U-Ausschuss wird abgelehnt. Jedoch bleibt das Thema aktuelle, rückt auch den Fokus der Bürger und kurz vor der Bundestagswahl wird "LinksUnten/Indymedia" vom Bundesinnenminister verboten.
- Die AfD fordert eine Reformierung des Bildungsplanes, um u.a. das "Schreiben nach Gehör" abzuschaffen. Zwar liegt beim aktuellen Bildungsplan immer noch viel im Argen, jedoch wird das "Schreiben nach Gehör" abgeschafft.
- Die AfD entlarvt bei der Vorstellung des neuen Haushaltes die Landesregierung, welche vorgibt Schulden in größerem Umfang zu tilgen. Die AfD rechnet nach und enttarnt die Mogelpackung.
- Die AfD fordert eine Verbesserung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes, welches dem Jäger mehr Schaden als Nutzen bringt. Vor allem beim Thema Schwarzwildbejagung setzt sich die AfD dafür ein, dass dieses mehr bejagt wird, um so entstehende Schäden u.a. bei Landwirten zu minimieren. Minister Hauk scheint die Problematik mittlerweile erkannt zu haben. Er versprach, sich im Jahr 2018 vermehrt der Thematik anzunehmen, um ein für alle Seiten akzeptables Ergebnis hinsichtlich der Schwarzwildbejagung zu erzielen.

Oftmals sind bei verschiedensten Anlässen Fragen aus der Bürgerschaft zu vernehmen, was die AfD-Fraktion denn im Landtag von Baden-Württemberg alles leiste. Es würde kaum etwas in der Presse stehen und man würde auch so nichts hören.

Hierbei handelt es sich um das Hauptproblem, welches die AfD-Fraktion plagt. Die Presse schweigt uns tot, wenn es um positive Dinge geht. Sie bohrt lieber in parteiinternen Querelen und stellt AfD-Abgeordnete gerne als planlos, oder gar faul dar. Diese Berichterstattung zielt einzig und allein darauf ab die AfD-Fraktion zu diskreditieren, um sie so beim Wähler unattraktiv zu machen. Die Altparteien hauen, unter tätiger Mithilfe der Presse, in dieselbe Kerbe. Auch hier lässt sich gut erkennen, dass die deutsche Medienlandschaft schon längst nicht mehr unabhängig und neutral ist, sondern mit den Altparteien gemeinsame Sache gegen die AfD macht.

Es bleibt daher festzuhalten, dass die AfD durchaus Dinge anstößt und auf Missstände hinweist, welche von den Altparteien ansonsten stillschweigend unter den Tisch fallengelassen worden wären. Zwar sind dies nur erste kleine Schritte, es kann jedoch gesagt werden: **AfD wirkt**, auch im Landtag von Baden-Württemberg!



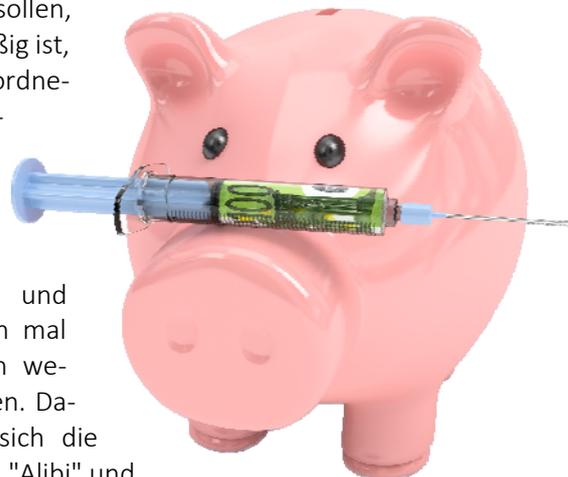
# Abgeordnete der Altparteien füllen gerne die eigenen Taschen!

**A**nfang Mai 2016 fand die konstituierende Sitzung des neugewählten Landtags statt. Als erstes stand auf die Tagesordnung, dass sich die frischgewählten Abgeordneten eine Diätenerhöhung von fast 3% gönnen wollten. Mit Ausnahme der AfD-Fraktion stimmten sämtliche Parteien dafür. Statt sich um die Sorgen & Nöte der Bürger zu kümmern, wird sich zuerst einmal um das eigene Wohl gekümmert. Doch damit nicht genug. Mittlerweile wurden die Mitarbeiterpauschale (Geld, welches der MdL zur Einstellung von Mitarbeitern zur Verfügung hat) verdoppelt und die Büropauschale immens erhöht. Alles einmütig durchgewinkt von allen vertretenen Altparteien. Diese wußten auch bereits vorher, dass die AfD dieses Spiel nicht mittragen würde. Von daher traf man sich im Vorfeld zu einer fraktionsübergreifenden Sitzung, an welcher alle im Landtag vertretenen Parteien teilnahmen mit Ausnahme der AfD-Fraktion. Solche Sitzungen gab es bisher

schon 3-4mal. Daher ist es durchaus legitim, dass die AfD von **Block/Einheitsparteien** spricht. Auch die Altersversorgung der Abgeordneten wollte man sich auf diese Weise selbst erhöhen, Sie erinnern sich vielleicht an die Presseberichte. Allerdings war der Aufschrei der Presse und der Bevölkerung so groß, auch weil die AfD dies öffentlich anprangerte, dass hier schnell zurückgerudert wurde. Dies jedoch nicht, um die Pläne ad acta zu legen. Es wird nun lediglich perfider vorgegangen. Eine Kommission wurde ins Leben gerufen. Diese ist besetzt mit gutverdienenden "Experten", deren Arbeit der Bürger zu bezahlen hat und welche nun prüfen sollen, ob es rechtmäßig ist, dass die Abgeordneten ihre Altersvorsorge erhöhen. Die Antwort dürfte wohl bekannt sein und sollte sie dann mal vorliegen auch wenig überraschen. Damit schaffen sich die Altparteien ein "Alibi" und

können auf die "fundierte Meinung" von "Experten" verweisen, wenn sie den Steuerzahler weiter schröpfen wollen, um das Geld in die eigene Taschen wandern zu lassen. Die AfD lehnt solche Pläne strikt ab! Daher ist es nur konsequent, wenn man diese Summen, z.B. die Diätenerhöhung, nicht nutzt. Jetzt ist es indes so, dass man sich als MdL nicht dagegen wehren kann, dass besagte Erhöhung überwiesen wird. Von daher habe ich direkt zu Beginn der Legislatur erklärt, dass ich diese Erhöhung spenden werde. Dies habe ich auch getan. Der Kreisfeuerwehrverband Schwäbisch Hall erhielt von mir einen Scheck

in Höhe von 1.000€, welcher der Jugendarbeit zufließen soll. Im kommenden Jahr werde ich dann erneut eine ähnliche Summe an ein anderes Projekt spenden. Auch bei der Flutkatastrophe in Braunsbach (Mai 2016) wurde die AfD sofort aktiv. Statt erst Tage nach der Katastrophe mit Bodyguards durch den Ort zu schlendern, nur um dem Bürger mitzuteilen, dass notwendige finanzielle Mittel nicht "wie damals der Kaiser mit dem Geldsack" verteilt werden können und somit allen Geschädigten vor den Kopf zu stoßen, packte die AfD sofort mit an. Über zwei Wochen lang waren täglich bis zu 15 Helfer vor Ort. Es wurden Schaufeln, Gummistiefel und anderes Arbeitsgerät auf AfD-Kosten zur Verfügung gestellt. Zusätzlich riefen wir zu Spenden auf und konnten auf diesem Weg dem Bürgermeister von Braunsbach einen Scheck in Höhe von 15.900€ überreichen. Das ist echte Bürgernähe!



# Bürgerfest im Landtag von Baden-Württemberg



Die AfD-Fraktion nutzte die Gelegenheit, um mit dem Bürger in Kontakt zu treten. Weg wie warme Semmeln gingen an unserem Stand vor allem die Gummibärchen, der Traubenzucker und unsere Fraktionszeitschrift (Infos aus dem Landtag).

Es entwickelten sich viele interessante Gespräche. Besonders gefreut hat mich der Besuch von vier wissbegierigen Schülern aus Pforzheim. Dies zeigte mir, dass auch unsere Jugend durchaus

an Politik interessiert ist, dabei viele Fragen hat und sich zusehends von den Altparteien nicht mehr vertreten fühlt.

Insgesamt kann von einem erfolgreichen Tag gesprochen werden. Direkter Kontakt mit dem Bürger ist mir allemal angenehmer und wichtiger, als so manche Diskussion mit den Abgeordneten der Altparteien im Plenum.

**Denn auf den Bürger kommt es an!**



# Bürgerdialog der Fraktion zum Thema "Fit4Return"



Am 12. Oktober fand ein "Bürgerdialog" der AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg mit Prof. Karl-Albrecht Schachtschneider in der Ellwangen Stadthalle statt, bei welchem ich das Grußwort hielt. Mittels dieser Bürgerdialoge versuchen wir unsere Arbeit im Landtag von Baden-Württemberg bürger-nah zu vermitteln. Oftmals wird von den übrigen Parteien in Reden verlautbart, dass die AfD keine Antworten auf drängende gesellschaftliche Fragen hätte und allgemein wenig produktives leisten würde. Eine klare Lüge und beabsichtigte Täuschung der Wähler.

Auch die Presselandschaft ist der AfD eher weniger zugetan. Auch deshalb wurden die Bürgerdialoge ins Leben gerufen und werden auch weiter fortgeführt. Der AfD ist wichtig, dass der Bürger direkt und frei von ideologischer Prägung über die aktuelle Sachlage, sowie alle politischen Vorgänge im Land, informiert wird.

Anwesend waren neben mir und Prof. Schachtschneider auch meine Fraktionskollegen, [Anton Baron](#), [Emil Sänze](#) (stellte unser Fit4Return-Programm vor) [Christina Baum](#) und [Daniel Rottmann](#). Ich machte in meinen einleitenden Worten darauf aufmerksam, dass Ellwangen seit Jahren von der Landesregierung mit leeren Versprechungen an der Nase herumgeführt wird. Dass die geplante LEA, welche nur für 500 Personen konzipiert wurde, bereits nach kurzer Zeit über 5.000 Bewohner zählte, war nur das erste gebrochene Versprechen der Landesregierung.

Dass die Ellwangen Bürger über eine LEA in ihrem Ort ein Mitspracherecht erhalten sollten war ebenfalls eine hohle Phrase. Schließlich stand die Entscheidung in der ehemaligen Reinhardt-Kaserne eine Landeserstaufnahmestelle einzurichten schon längst fest, bevor der Stadtrat und der Bürger darüber informiert wurden. Nummer Drei der leeren Versprechungen steht bald an. Hat doch

die Landesregierung damals vollmundig angekündigt, dass die LEA nur 5 Jahre, sprich bis 2020, Bestand haben sollte, geht mittlerweile wohl keiner mehr ernsthaft davon aus, dass dies geschehen wird.

Ich plädierte daher erneut für mehr Mitbestimmungsrecht der Bevölkerung und Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild. Bei solch wichtigen Entscheidungen, welche den Bürger direkt in seinem Vorgarten betreffen, muss er ein bindendes Votum abgeben dürfen, an welches sich dann die Regierung auch zu halten hat. Im Großen und Ganzen war es ein gelungener Abend, an welchem die AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg vermitteln konnte, dass sie konstruktive Arbeit im Landtag leistet und durchaus Lösungsvorschläge vorbringen kann, welche leider von den Altparteien in Gänze abgelehnt und von der Presse gekonnt verschwiegen werden.

# Das „Sterben“ der Gasthäuser muss gestoppt werden!



**D**as Gasthaussterben auf dem Land raubt den Dörfern die soziale und kulturelle Mitte: Vereinsfeiern, Familienfeste und Stammtische sind bedroht, auswärtige Besucher haben keinen Treffpunkt mehr. Vereinsheime bieten keinen Ersatz, weil sie meist nur am Wochenende oder Abend geöffnet haben. In der Haushaltsrede zum Ländlichen Raum forderte die AfD den Minister für den Ländlichen Raum auf, eine Bundesratsinitiative zu starten, die einen gravierenden Nachteil der

Gastronomie insgesamt beseitigen soll. Hotellerie, aber auch Caterer und Kantinen werden mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz von nur sieben Prozent belastet. Ausgerechnet aber die Gastronomie, die wichtige soziale Aufgaben erfüllt, muss zusätzlich zu ihrem hohen Personalaufwand die hohe Mehrwertsteuerbelastung von 19 Prozent tragen. Weshalb sollten Lebensmittel, die zubereitet werden und dadurch dem Staat schon Lohnsteuer und Lohnnebenkosten

bringen, mit dem erhöhten Mehrwertsteuersatz belastet werden? So, wie die AfD Ende des Jahres 2016 in elf Landtagen gleichzeitig Gesetzesanträge zur Kündigung des Rundfunkstaatsvertrags einbrachte, sollte die CDU als Regierungspartei eine entsprechende Initiative zur Senkung der Abgabenlast der Gastronomie starten. Auch der DEHOGA fordert seit langem, diese einseitige und steuerlich unlogische Benachteiligung der Gastronomie zu beenden.

# Meine alltägliche Arbeit in den verschiedensten Ausschüssen!

## Ausschuss für ländlichen Raum und Verbraucherschutz:

Im Bereich ländlicher Raum /Verbraucherschutz bin ich Sprecher meiner Fraktion und leite unsere Arbeitskreissitzungen. Darin besprechen wir u.a., wie es möglich ist die Belange des ländlichen Raumes besser zu berücksichtigen. Wir formulieren Anfragen und Anträge an die Lan-

desregierung, in welchen wir darlegen, wie aus Sicht der AfD etwaige Verbesserungen in diesem Themenfeld erreicht werden könnten. Auf den Seiten 3,6,7 & 8 dieses Rundbriefes habe ich Ihnen bereits dargelegt, wie das aussehen kann. Selbstverständlich gehört dabei

auch die Recherche zu meinen Aufgaben. Ich treffe mich regelmäßig mit Vertretern einzelner Verbände (z.B. Bauernverbände, Forstverband, Verbraucherschutzverband, etc.) um deren Sicht der Dinge zu erfahren, oder mache mir im direkten Gespräch mit der Bevölkerung ein Bild der Lage. Nah am Bürger zu sein ist meine oberste Maxime

Mehr dazu auf [www.udostein.de](http://www.udostein.de)

## Petitionsausschuss:

Im Petitionsausschuss bin ich eines von drei Mitglieder meiner Fraktion. Auch hier treffen wir uns regelmäßig zu Arbeitskreissitzungen. Die Arbeit im Petitionsausschuss macht mir besonders viel Spaß, da hier die direkte Hilfe der Bürger im Vordergrund steht. Ich bearbeite dabei eingereichte Petitionen, höre mir die

Belange der Bürger an und besuche sie teilweise auch vor Ort. So geschehen beispielsweise beim Windpark in Rosenberg (Ostalbkreis). Dort hat eine Bürgerinitiative sich gegen den Bau von bis zu 250m hohen Windkraftanlagen stark gemacht und das Vorhaben mittels

eingereichter Petition versucht zu verhindern. Leider kämpfe ich auch im Petitionsausschuss gegen erhebliche Widerstände aus den Reihen der Altparteien und so ist es mir nicht immer in dem Ausmaß möglich zu helfen, in welchem ich es gerne tun würde.



# Sanktionen gegen Russland sind zu beenden!

**M**eine erste „Kleine Anfrage“ (Drucksache 16/37) als frischgewählter Landtagsabgeordneter war, die Auswirkungen der Sanktionspolitik Deutschlands und der EU gegen Russland auf die baden-württembergische Wirtschaft zu hinterfragen. Heraus kam dabei, dass Exporte von Baden-Württemberg nach Russland um 42,6% eingebrochen sind, was 2,3 Milliarden Euro entspricht.

Diese Zahlen sind erschreckend! Schließlich hängen an jedem Prozent auch Arbeitsplätze, welche damit in Gefahr gebracht werden. Mit Sicherheit ist es, aufgrund dieser Aus-

wirkungen, bereits auch zu Entlassungen gekommen. Meiner Meinung nach ist dies eine völlig verfehlte Art von Politik. Sie schadet nur dem deutschen Bürger und bringt keinerlei Nutzen. Ich plädiere daher für einen Dialog mit Russland. Es muss wieder die „Politik der offenen und nicht die der verschlossenen Türen“, praktiziert werden.

Aus diesem Grund folgte ich im Juli 2016 einer Einladung in die Volksrepubliken von Lugansk & Donezk. Ich fungierte dort als neutraler Wahlbeobachter und wurde Augenzeuge der Zerstörungen. Aus der Ferne waren Einschläge der ukrainischen Artillerie zu hören. Ich habe als in gewisser Weise den Konflikt

hautnah miterlebt. Ich besuchte auch Schulen und sprach mit den Schülern. In die Augen der Menschen vor Ort zu blicken, ihre Dankbarkeit zu erfahren und die Hoffnung zu spüren, dass all das Leid endlich ein Ende haben möge, waren tiefgreifende Erfahrungen für mich. Ich werde daher weiter dafür kämpfen diese unsägliche Sanktionspolitik zu beenden und meinen kleinen Beitrag dafür leisten, dass die Menschen im Donezbecken, auf der Krim, usw., wieder in eine hoffnungsvollere Zukunft blicken können. Ein erster Schritt hierzu wäre sicherlich ernsthafte Gespräche mit beiden Seiten zu suchen und sich nicht mittels Sanktionen zum Aufgeben zu zwingen.



## UDO STEIN | EINBLICK IN DEN LANDTAG

Dieser Newsletter ist eine kostenlose Information des Landtagsabgeordneten Udo Stein (Wahlkreis Schwäbisch Hall).

Er erscheint in regelmäßigen Abständen.

Aktuelles und alles rund um die Arbeit des Abgeordneten im Landtag von Baden-Württemberg finden Sie im Internet:  
[www. udostein .de](http://www.udosteин.de)

**Herausgeber:**  
Udo Stein, Konrad-Adenauer-Str. 3,  
70173 Stuttgart  
Telefon 0711/ 20635631  
[udo.stein@afd.landtag-bw.de](mailto:udo.stein@afd.landtag-bw.de)

# Feldwege und Waldtrassen gehören in Stand gesetzt!

Als Sprecher meiner Fraktion für den ländlichen Raum und Verbraucherschutz, selbst Bewohner einer eher ländlichen Gegend, interessieren mich besonders die Belange der Waldbesitzer/Landwirte/Jäger. Hierbei ist mir aufgefallen, dass der Zustand der befestigten Feld-Wald-Wiesenwege in Baden-Württemberg teils sehr zu wünschen lässt. Mittels eines „Antrages“ (Drucksache 16/1849) wollte ich daher in Erfahrung bringen, wie die Landesregierung dieser Problematik begegnen möchte.

Ein solcher Antrag sorgt immer dafür, dass er im entsprechenden Ausschuss behandelt wird und der zuständige Minister, hier Minister Hauk, Stellung beziehen muss. Er gab an, dass eine „flächendeckende Bestandsaufnahme aller landwirtschaftlichen Wege in Baden-Württemberg“ gar nicht vorliegt! Im Allgemeinen läge das Problem bei den jeweiligen Kommunen, welche zur Instandhaltung Fördermittel vom Land bekommen, deren Verwendung allerdings nicht überprüft werde. Will sagen,

dass diese Mittel z.B. auch für den Bau einer Sporthalle verwendet werden könnten. Die Leidtragenden sind am Ende die Bewirtschafter land- und forstwirtschaftlicher Flächen, welche sich mit ihren immer schwereren Geräten teils nur mühsam den Weg bahnen können.

Aufgrund meines Antrages und der Behandlung im Ausschuss für ländlichen Raum und Verbraucherschutz, sah auch der Minister Handlungsbedarf und versprach eine Überprüfung der vorliegenden Praxis. Schließlich ist auch er Forstwirt und hat mit den teils sehr maroden Feldwegen zu kämpfen.



# Auch Kinder sollten ein Recht auf Angeln haben!

In Baden-Württemberg darf man mit 7 Jahren in den Fußballverein, den Tennisclub, die freiwillige Feuerwehr und noch vieles mehr eintreten und seinem Hobby nachgehen. Angeln darf man allerdings nicht. Hierfür muss man in Baden-Württemberg mindestens 10 Jahre alt sein. Für die Fischereivereine stellt dies einen erheblichen Nachteil in der Jugendgewinnung dar. Mit 10 Jahren haben sich viele Kinder schon für ein Themenfeld entschieden und engagieren sich in den jeweiligen Vereinen.

Doch auch die Natur zu erleben und dabei Erfahrungen zu sammeln, stellt einen wichtigen Bereich in der Entwicklung des Kindes dar. Für mich ist es daher

ein wichtiges Ziel, die Kinder möglichst früh über die Fischerei für die Vorgänge im und am Wasser und so letztlich für die Natur allgemein begeistern zu können.

Das Saarland präsentiert sich hier als angelfreundlichstes Bundesland. Kinder können dort bereits einen „Mini-Angelschein Saarland“ beantragen. Eine Altersuntergrenze gibt es nicht. Daher fordern wir, bereits für Kinder ab 7 Jahren die Möglichkeit zu schaffen, mit dem Jugendfischereischein die Angelfischerei betreiben zu können. Nachwuchsgewinnung ist für



jedlichen Bereich ehrenamtlicher Betätigung von großer Bedeutung. Gesetzliche Hürden, welche die Nachwuchsgewinnung und damit die ehrenamtliche Arbeit allgemein erschweren, müssen abgebaut werden. Die FDP teilt unsere Ansichten. Doch statt mit der AfD gemeinsam Initiativen zu starten, um endlich ein Umdenken bei der Landesregierung durchzusetzen, kocht sie lieber ihr eigenes Süppchen und steht dabei mit ihren 12 Abgeordneten auf verlorenem Posten. Ich finde dies sehr schade. Statt bei auftretenden Gemeinsamkeiten zu versuchen diese auch gemeinsam umzusetzen, verweigert man sich so völlig unnötig und verhindert damit auch teilweise die notwendigen Veränderungen in unserem Land.

## Die Alternative für Deutschland (AfD) wirkt. Ihre Spende hilft dabei!

Mit Ihrer Spende für die AfD leisten Sie einen wichtigen Beitrag dazu, dass unser Mut zur Wahrheit in Deutschland mehr Zustimmung findet. Davon profitieren wir alle. Überweisen Sie Ihre Spende an:

**Alternative für Deutschland – KV Hohenlohe/Schwäbisch Hall  
VR Bank Schwäbisch Hall-Crailsheim eG**

**Konto: 198537000**

**BLZ: 622 901 10**

**IBAN: DE94 6229 0110 0198 5370 00**

**BIC: GENODES1SHA**

**Verwendungszweck: Spende + Mitgliedsnummer oder Ihre vollständige Adresse**

# Biber und Kormoran in die Liste der „jagdbaren Tiere“ aufnehmen!



**B**iber & Kormoran richten immer mehr Schäden in Baden-Württemberg an. Beim Biber klagen vermehrt Landwirte, dass Ihnen ganze Ernten ausfallen, da der Biber dafür sorgt, dass die Felder unter Wasser gesetzt werden. In manchen Gegenden in Baden-Württemberg (z.B. im Bereich der Bühler oder Lichtenberger Rot im Landkreis Schwäbisch Hall) ist der Biber zu einem echten Ärgernis geworden. Mittlerweile ist es so,

dass der Biber in unserem Land nicht mehr in seiner Existenz bedroht wird, sondern eher die Existenz von Landwirten bedroht. Wir leben in einer vom Menschen geschaffenen Kulturlandschaft und nicht in purer Wildnis. Das wollen zwar Mitglieder mancher Parteien in der Regierung nicht wahrhaben und vielleicht würden sie es auch gerne anders sehen, doch man sollte die Realität so hinnehmen wie sie sich einmal darstellt.

Deshalb setze ich mich dafür ein, dass der Biber, dort wo er überproportional auftritt, wieder bejagt werden darf. In anderen Bundesländern gibt es solche Regelungen bereits. In Baden-Württemberg jedoch herrscht in der Regierung zu viel Ideologie und zu wenig Verstand vor, weshalb wir hier noch auf eine solche, sinnvolle wie nützliche, Regelung warten. Auch der Kormoran, ein bis Mitte der 1990er Jahre bei uns nicht heimischer Vogel, wird vermehrt zum Ärgernis. Auch er darf nicht flächendeckend bejagt werden. Als der Löschwasserunfall nach dem Brand an der Jagstmühle geschah und darauf ein Fischsterben einsetzte, wurden die Fischbestände anschließend aufwendig wiederhergestellt.

Mittlerweile hat der Kormoran dort den Großteil des Fischbestandes, um nicht zu sagen alles, gefressen und ein zusätzlicher immenser finanzieller Schaden ist entstanden. Aktuell darf der Kormoran partiell und unter hohen Auflagen bejagt werden. Doch das ist noch lange nicht der Weisheit letzter Schluss. Dies sieht auch Minister Hauk (Ländlicher Raum/Verbraucherschutz) so, kann sich aber gegen seinen Grünen Kollegen, Minister Lucha (Umwelt) nicht durchsetzen. Ich fordere auch hier ein Ende der ideologisch getriebenen Politik hin zur praxisorientierten. Hierfür werde ich mich im Landtag von Baden-Württemberg weiterhin stark machen.

Diesen "offenen Brief" habe ich an den Deutschen Jagdverband, sowie an die Presse verschickt, da wir bei der Wahlempfehlung zur Bundestagswahl bewusst ausgegrenzt wurden.

Sehr geehrte Damen & Herren des Deutschen Jagdverbandes,

mit großem Bedauern und starker Verwunderung, musste ich feststellen, dass Ihr Verband in der veröffentlichten Wahlempfehlung zur Bundestagswahl 2017 die Alternative für Deutschland nicht berücksichtigt. Ich hätte doch erwartet, dass der deutsche Jagdverband bei seiner Wahlempfehlung etwas mehr Mut zur Demokratie an den Tag legen würde. Eine Partei wie die Alternative für Deutschland, welche mittlerweile in 13 von 16 Landesparlamenten vertreten ist und höchstwahrscheinlich auch den Einzug in den neuen deutschen Bundestag ohne Probleme schaffen wird, nicht einmal zu erwähnen, halte ich für grob fahrlässig und schadet meiner Meinung nach dem durchaus verdienten guten Ruf des Deutschen Jagdverbandes.

Würde ich solch ein Verhalten bei offenkundig parteipolitisch gesteuerten Organisationen vielleicht noch verstehen, aber auch da gewiss nicht akzeptieren, so verwundert mich Ihr Verhalten, als dem Ruf nach überparteilichen Organisation, doch sehr.

Sie verweigern sich damit der freien demokratischen Willensbildung, in dem sie Ihren Unterstützern die freie Wahl entziehen. Dass die AfD nicht einmal Erwähnung findet legt nahe, dass Sie Ihren Unterstützern eine gewisse Vorauswahl präsentieren und für mich damit den Eindruck vermitteln, dass wer aktiver Unterstützer/Mitglied Ihres Verbandes ist, sich erst gar nicht mit dem Programm der AfD zu befassen brauche, da wir ohnehin die Interessen der Jägerschaft nicht berücksichtigen würden. Ich, als aktiver Jäger, welcher sich im Landtag von Baden-Württemberg stets für die Belange der Jägerschaft stark gemacht hat, fühle mich vom deutschen Jagdverband ein Stück weit ignoriert und allein gelassen.

Unser Wahlprogramm bietet durchaus gute Ansätze die Probleme der Jägerschaft anzugehen. Diese völlig zu ignorieren halte ich für falsch.

Bei zu erwartenden 8-10% Wählerstimmen für die AfD bei der kommenden Bundestagswahl stoßen Sie mit Ihrem Verhalten mit Sicherheit auch viele Ihrer stärksten Unterstützer und Mitglieder vor den Kopf. Es gibt durchaus nicht wenige Jäger in der AfD, die das Verhalten Ihres Verbandes nicht nachvollziehen können und welche sich über eine Entschuldigung sicherlich sehr freuen würden.

Ich möchte Sie daher darum bitten, sich nicht mit den Altparteien gemein zu machen, indem Sie uns schlicht totschrweigen, sondern Ihre politische Objektivität wie Neutralität zu wahren und damit auch der Alternative für Deutschland in der Form zu berücksichtigen, wie es unsere mittlerweile starke Verankerung in der Gesellschaft gebietet.

Dies könnte meiner Meinung zum Beispiel dadurch geschehen und dies erachte ich auch für notwendig, dass Sie eine ergänzte, oder korrigierte, Form Ihrer Wahlempfehlungen herausgeben, in welcher auch die AfD Niederschlag findet. Sehr gerne würde ich, bzw. würden wir, in Zukunft ein freundschaftliches wie fruchtbares Verhältnis zum Wohle und zum Nutzen aller pflegen.

Die Alternative für Deutschland ist dazu stets bereit.

*Udo Stein*

# 1 % bekommt 22 % Agrarsubventionen: AfD BaWü fordert Prämienobergrenze

**A**uch was die Subventionspolitik angeht ist die AfD nah am Geschehen. Unter anderem beklagen wir den massiven Strukturwandel im Land. So gibt es heute in Baden-Württemberg 70 % weniger Bauern als noch vor 30 Jahren. Von 23.000 Schweinehaltern 1999 sind 2013 nur noch 6.500 aktiv, was einen

Rückgang um 72 % bedeutet. Die Betriebe mit Rinderhaltung haben in 14 Jahren um 50 % abgenommen. Die Milchviehhalter im selben Zeitraum um 60 %. Insgesamt waren es 1985 noch über 130.000 Betriebe. 2013 waren nur noch 42.000 davon übrig - ein Minus von 68 %, davon deutlich mehr

Nebenerwerb- als Vollerwerbsbetriebe.

Hinzu kommt, dass auf 24 % des Ackerlandes Mais steht. Das bedeutet viel Gülle, wenig Unkraut, viel Erosion, große Monotonie, wenig Ökologie; eine katastrophalere Bilanz von über 50 Jahren europäischer und nationaler Agrarpolitik ist kaum vorstellbar.

## 55 % für die 10 % Größten, 22 % für das 1 % der Allergrößten

**D**er Strukturwandel hat nur eine Ursache: die ungerechte Verteilung des Steuergelds, aus dem die Subventionen bezahlt werden. Die 320 größten, das sind gerade mal 0,1 % aller Betriebe, bekommen über 5 % aller Zahlungen, durchschnittlich pro Betrieb eine knappe halbe Million, (486.000 Euro); viele davon sind LPG-Nachfolger in den neuen Ländern oder im Besitz von Industriellen wie z.B. dem Optiker Fielmann, der 2016 insgesamt 637.842 Euro Agrarsubventionen erhielt; 22 % von den 3 Mrd., die jährlich als Flächen-subsidien gezahlt werden, das sind 669 Mio. Euro, gehen an die 1 % größten Betriebe, 3200 an der Zahl; diese Gruppe bekommt jährlich 132.835 Euro pro Betrieb allein über

die bewirtschaftete Fläche, andere Subventionen können noch dazu kommen; 55 % der 3 Mrd. Euro, gehen jährlich an die 10 % = 32.000 größten Betriebe, 93 % gehen an die obere Hälfte der Betriebe, also nur 7 % an die untere Hälfte. So bleiben für die unteren 20 %, die 64.000 kleinsten Betriebe nur 1 % der Flächensubsidien übrig. Das Hauptargument für die Gemeinsame Agrarpolitik, die Einkommensstützung für die Landwirte, ist absurdum geführt, wenn der Großteil des Geldes an die von Haus aus profitablen Großbetriebe geht. Der Arbeitskreis Ländlicher Raum der AfD-Fraktion, dessen Sprecher ich bin, fordert daher eine sofortige Umkehr dieser Politik! Eine "Obergrenze" von z.B. 150.000 Euro pro Betrieb

wäre keine revolutionäre Forderung, sondern ist nach EU-Recht möglich und wird heute schon von den Ländern Belgien (Flandern), Irland, Österreich, Polen, Nordirland praktiziert, Ungarn kappt bei 176.000. Deutschland hätte in 2016 mit so einer Kappung bei 150.000 Euro fast 220 Mio. Euro sparen können – die so knapp 2.000 Großbetrieben die Bilanz versüßten, ganz ohne positive Auswirkung auf die Agrarstruktur. Gleichzeitig wäre es vom EU-Recht her möglich gewesen, dieses Geld auf die kleineren Bauern umzuschichten, insgesamt hätten von den gesamt fast 5 Mrd. Flächensubsidien 28% oder knapp 1,4 Mrd. € auf die kleineren Betriebe umgeschichtet werden können

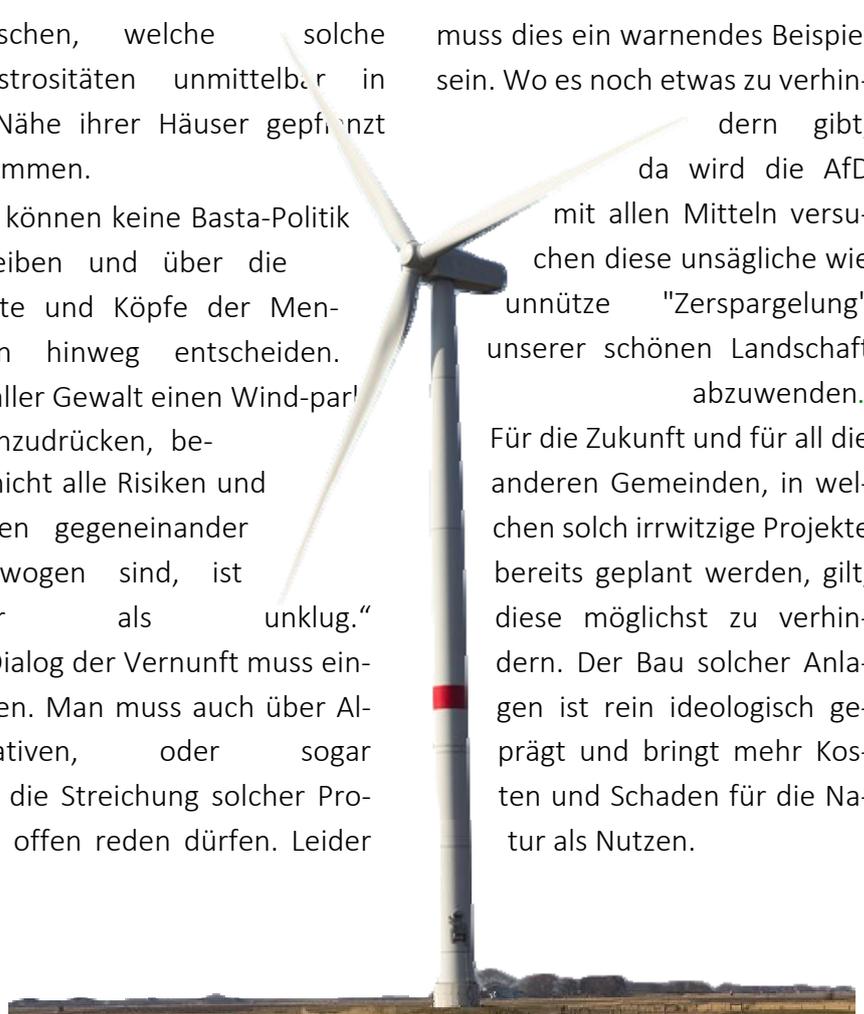
# Windkraftanlagen: Gefahr für Mensch und Tier!

Windkraftanlagen sind nicht nur ein erheblicher Eingriff in die Natur, sondern sie zerstören auch die Lebensqualität der Einwohner. Landkreis Schwäbisch Hall gibt es hierfür viele Beispiele in den Gemeinden Stimpfach, Michelbach, Gaildorf, Langenburg, etc. Mit der Installierung eines Windparks kann die Gesundheit der Bürger in Gefahr geraten, da unterschwellige Töne den Menschen in der Nacht den Schlaf rauben. Im Fall einer bayerischen Gemeinde klagen die Einwohner nunmehr seit fünf Jahren über schlaflose Nächte. Die Betroffenen hegen den schwerwiegenden Verdacht, dass es sich hier um den Infraschall des, rund um den Ort Steinöhring bei München installierten, Windparks handele. Ähnliche Auswirkungen sind nun auch in den Gemeinden in Landkreis Hall zu erwarten. Zudem nimmt das Landschaftsbild erheblichen Schaden, da viele Bäume dafür gerodet werden müssen. In einer Gemeinde unweit meines Heimortes gibt es einen besonders dreisten Fall. Hier wurden, gegen

den Willen der Bürgerschaft und der gegründeten Bürgerinitiative, Fakten geschaffen. Der verantwortliche Landrat Pavel (Ostalbkreis) und das Regierungspräsidium Stuttgart sollten die Ängste der Bevölkerung ernst nehmen und nicht mittels "Hinterzimmer-Abreden" die Bürgerschaft vor vollendete Tatsachen stellen. Ich stehe an der Seite aller Menschen, welche solche Monstrositäten unmittelbar in die Nähe ihrer Häuser gepflanzt bekommen.

„Wir können keine Basta-Politik betreiben und über die Ängste und Köpfe der Menschen hinweg entscheiden. Mit aller Gewalt einen Windpark durchzudrücken, bevor nicht alle Risiken und Nutzen gegeneinander abgewogen sind, ist mehr als unklug.“ Ein Dialog der Vernunft muss einkehren. Man muss auch über Alternativen, oder sogar über die Streichung solcher Projekte offen reden dürfen. Leider

wurden in der Gemeinde Rosenberg/Ostalbkreis wohl bereits, über die Köpfe der Bürger hinweg und mittels fadenscheiniger Behandlung der eingereichten Petition, unwiderrufliche Fakten geschaffen. Rosenberg "darf" sich nun über die größten Windkraftanlagen der Welt (bis zu 250m hoch) freuen. Für die Gemeinden im Landkreis Schwäbisch Hall muss dies ein warnendes Beispiel sein. Wo es noch etwas zu verhindern gibt, da wird die AfD mit allen Mitteln versuchen diese unsäglich wie unnütze "Zerspargelung" unserer schönen Landschaft abzuwenden. Für die Zukunft und für alle anderen Gemeinden, in welchen solch irrwitzige Projekte bereits geplant werden, gilt, diese möglichst zu verhindern. Der Bau solcher Anlagen ist rein ideologisch geprägt und bringt mehr Kosten und Schaden für die Natur als Nutzen.



# In Baden-Württemberg gibt es rund 820 gewaltbereite Linksextremisten!

Ich hatte, zusammen mit Fraktionskollegen, eine „Kleine Anfrage“ (Drucksache 16/2047) an die Landesregierung gestellt um, auch angesichts der linksextremistischen Gewaltexzesse beim G20-Gipfel in Hamburg, herauszufinden wie viele linksextreme Gewalttäter in wie vielen Gruppierungen in Baden-Württemberg existieren. Dabei stellte sich heraus, dass es laut Landesregierung in Baden-Württemberg ca. **820 linke Gewalttäter** gibt, welche sich in ca. 40 „ANTIFA-Gruppierungen“ aufteilen!

**Linksradikale  
Gewalttaten 2015**

**2246**

**Rechtsradikale  
Gewalttaten 2015**

**1485**

Diese Gewalttäter und deren sog. „antifaschistischen Gruppierungen“, sind zum großen Teil mit dafür verantwortlich, dass AfD Mitglieder und Anhänger, Opfer von Akten gegen die körperliche Unversehrtheit, oder Sachbeschädigungen werden.

Doch statt diesen Sumpf rigoros auszutrocknen, oder überhaupt einmal einen fundierten Blick über die aktuelle Sachlage zu bekommen, wie die AfD-Fraktion es mehrmals mit dem Ein-

bringen es „*Untersuchungsausschuss Linksextremismus*“ gefordert hat, wird das Thema mehr oder weniger verharmlost. Über Umwege werden diese Gruppierungen sogar noch staatlich gefördert. Im vermeintlichen „*Kampf gegen Rechts*“ gibt es staatliche Mittel in Hülle und Fülle, welches es diesen Kriminellen Gewalttätern ermöglicht ihr böses Spiel weiterhin zu betreiben.

Auch kürzlich verbotene linksextreme Internetplattform „*Linksunten Indymedia*“, ist

auch nur dem Wahlkampf geschuldet. Ansonsten wird diese Problematik in unserem Land totgeschwiegen. Insgeheim freut man sich womöglich noch, dass diese Kriminellen die AfD angehen. Wie sonst es ist zu erklären, dass Mitglieder der Bundesregierung und andere hochrangige Politiker, in vom *Verfassungsschutz beobachteten* Organisationen „*Aufstehen gegen Rechts*“ Mitglied sind und sich dazu auch öffentlich (Z.B. Manuela Schwesig & Cem Özdemir) im Internet bekennen?



„Ich fordere hier in aller Deutlichkeit, dass der Staat endlich aufhören muss auf dem linken Auge blind zu sein und aktiv gegen diese Kriminellen vorzugehen hat.“

# Nach „Linksunten Indymedia-Verbot“ keine Reaktion des Hohenloher Tagblatts

Wie Sie sich sicherlich noch erinnern können, wurde ich in der Ausgabe des „Hohenloher Tagblatts“ vom 27.04.17 bezichtigt in der Vergangenheit für die NPD plakatiert zu haben, oder gar einmal deren Mitglied gewesen zu sein. Der Reporter, **Harald Zigan**, hatte angeblich im Internet recherchiert und stieß dabei auf vermeintliche „Beweise“ auf einer von linken Gruppierungen geführten Internetplattform. Darin waren angebliche sog. *Screenshots* zu sehen, welche den Wahrheitsgehalt dieser böswilligen Unterstellungen untermauern sollten. Ich bestritt damals die vorgebrachten Behauptungen energisch und verwies darauf, dass diese angeblichen Informationen ausschließlich

von der Internetplattform „LinksUnten.Indymedia“ stammen, dessen Betreiber nachweislich linksautonome Personen sind und besagte Plattform nicht nur als rechtswidrig einzustufen wäre, sondern deren Betreiber auch vom Verfassungsschutz beobachtet würden.

Das alles störte den damaligen Reporter des Hohenloher Tagblatts recht wenig und brachte ihn nicht davon

ab, diese falschen Behauptungen einer wenig glaubwürdigen und rechtswidrigen Internetplattform weiter zu verbreiten.

Mittlerweile hat nun auch das Bundesinnenministerium erkannt, dass auf dieser zwielichtigen Plattform nicht nur zu Straftaten gegen Leib & Leben aufgerufen wird, sondern auch böswillige Verleumdungskampagnen gegen „vermeintliche Nazis“ propagiert werden.

„LinksUnten.Indymedia“ wurde verboten, die Seite geschlossen, die Betreiber ausfindig gemacht und zur Rechenschaft gezogen. Falls Sie nun glauben, dass seitens des Hohenloher Tagblatts eine Reaktion erfolgte, dass vielleicht eingestanden wurde, dass sich damals auf zwielichtige und wenig glaubhafte Quellen verlassen wurde und man somit mutwillig eine dauerhafte Beschädigung meines Ansehens billigend in Kauf nahm, dann täuschen Sie sich leider. **Nichts von all dem erfolgte!** Eben diese Art von Journalismus ist es, welchen die AfD stets anprangert und welcher so nicht weiter hinnehmbar ist. Mit gutem, objektiven und investigativen Journalismus früherer Tage hat all das kaum mehr etwas zu tun.



# Landeserstaufnahmestelle in Schwäbisch Hall durch intensive Nachforschungen verhindert?



**E**benfalls ganz Oben auf meiner Agenda stand die Situation rund um die geplante „Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge“ kurz LEA in Schwäbisch Hall zu ergründen. Ich formulierte eine „Kleine Anfrage“ und reichte diese bei der Landtagsverwaltung ein. Ich wollte dabei detaillierte Antworten bezüglich der Kosten, der Notwendigkeit und auf weitere offene Fragen, von der Landesregierung erhalten. Lange Zeit hörte ich gar nichts, während der Bau besagter „LEA“ in Schwäbisch Hall weiter offen im Raum stand. Als ich schließlich energisch nachbohrte und wissen wollte, was

denn nun aktuelle Sachlage bezüglich der geplanten LEA und der Bearbeitung meiner Kleinen Anfrage sei, wurde mir mitgeteilt, dass sich meine Fragen alle erübrigt hätten und man mir diese nicht mehr beantworten brauche, da eine LEA in Schwäbisch Hall nun nicht mehr zur Debatte stünde. Einige Tage später konnte der Presse entnommen werden, dass auf einen Bau einer „LEA“ in Schwäbisch Hall verzichtet wird. Nun will ich mir nicht auf die Fahnen schreiben, dass ich den Bau einer „LEA“ in Schwäbisch Hall verhindert hätte. Vielleicht gab es schon zuvor etwaige Bestrebungen dies zu tun und es sollte lediglich noch die aktuelle

Lage im Blick behalten werden, welche eine „LEA“ vielleicht doch wieder notwendig machen würde. Mittels meiner detaillierten Fragen habe ich aber sicherlich mit dazu beigetragen, dass die Landesregierung ihr Vorhaben nochmals gründlich überdachte und zum Schluss kam, dass eine „LEA“ in Schwäbisch Hall weder notwendig ist, noch dem Bürger vermittelbar gewesen wäre. Kritische Nachfrage wurde hier also belohnt. Eine Sache, welche so von den Altparteien schon längst nicht mehr betrieben wird. Hier zeigt sich, dass die AfD notwendig ist. Nur wir stellen die unbequemen Fragen und bringen Licht in das Dunkel.

# Innenminister Thomas Strobl übernimmt AfD-Positionen



Die irreguläre Einwanderungspolitik auf der Basis des Asylgesetzes ist zuallererst Bundespolitik, betrifft aber in ihren Auswirkungen auch das Land und vor allem die einzelnen Kommunen. Anstatt immer mehr Steuergeld für angebliche „Flüchtlinge“ ins Land zu pumpen, setzt die AfD auf konsequente Abschiebungen von Armutsmigranten und Einwanderern, deren einzige Motivation darin besteht, unsere Sozialsysteme auszunutzen.

Das sogenannte Strobl-Papier, das der baden-württembergische Innenminister

vergangenes Jahr vorgelegt hat, vertritt dieselben in 35 von 37 Punkten Positionen der Alternative für Deutschland. Mittlerweile fordern sogar Abgeordnete der Grünen, wie etwa Muhterem Aras, das, was schon lange im AfD-Programm steht: Ein Einwanderungsgesetz.

Es gilt daher festzuhalten, dass die AfD, auch wenn sie sich in der Opposition befindet, durchaus Themen setzt, welche schlussendlich von den Altparteien aufgegriffen werden. Ohne die AfD wäre dies wohl nie geschehen. Die AfD wird daher selbstverständlich weiter Druck ausüben und versuchen weitere Themen zu platzieren.

**AfD wirkt!**



# AfD und die Presse



Eine Große Problematik stellt seit Gründung der AfD das Verhältnis zur Presse dar. Dabei spielt es kaum eine Rolle, ob es sich hierbei um den Reporter einer Lokalzeitung, oder den Chefredakteur eines großen Verlages handelt. Die AfD wird seit jeher negativ dargestellt und Ihre Mitglieder diffamiert wo es nur geht.

Teilweise geht es so weit, dass aus fadenscheinigen offenkundig linksextremistischen Webseiten zitiert wird, ohne deren Wahrheitsgehalt auch nur ansatzweise überprüft zu haben. Ein Paradebeispiel hierfür war die von Linksextremisten betriebene Webseite "LinksUnten/Indymedia", welche im Zuge des Bundestagswahl

Kampfes von Bundesinnenminister **De Maiziere** verboten wurde. Regelmäßig wurde aus besagter Webseite zitiert, um AfD-Mitglieder oder Abgeordnete an den Pranger gestellt und dem Bürger diese Berichte als Wahrheit verkauft. Selbes Spiel findet auch in meinem Wahlkreis statt. Presseberichte werden nicht, oder nur stark verkürzt abgedruckt. Politiker anderer Parteien werden zu aktuellen Sachthemen befragt, während es bei Anfragen an mich oftmals nur um AfD-Internas geht (Bei-spiel Gedeon, Höcke, Petry). Objektive Berichterstattung findet allerdings auch bei internationalen Themen nicht statt. kritisierte mehrmals die Sanktionspolitik gegenüber Russ-

land, welche am Ende nur der deutschen Industrie schadet, damit direkt den Bürger trifft und somit keinerlei effektiven Nutzen nachweisen kann. Auch bei dieser Thematik lassen die Medien keinerlei Objektivität erkennen, sondern versteifen sich auf eine Meinung fest und verurteilen zusätzlich noch jede nicht genehme Ansicht.

Auch aus dem Grund halten Sie diese Ausgabe meiner **Abgeordnetenzeitung** in Ihren Händen. Die AfD hat das Wohl der Bürger in Ihrem Sinn. Wir gehen dabei völlig sachbezogen und frei von ideologischen Ansichten an jedwede Thematik heran. Leider haben wir damit ein "Alleinstellungsmerkmal" in der deutschen Parteienlandschaft.



„Ich darf Sie daher bitten sämtliche Presseberichte, insbesondere in Bezug auf die AfD, kritisch zu hinterfragen und sich möglichst selbst, z.B. im Internet, oder falls möglich durch Schweizer Medien, ein umfassendes Bild zu machen.“

# Treten Sie mit mir in Kontakt!

## Ihre Meinung ist mir wichtig!

Gerne höre ich mir Ihre Kritik, Meinung, Anregungen an. Ich freue mich über jedes Schreiben, sofern es dem gebotenen Anstand entspricht.

Vielleicht haben Sie auch ein Thema, welches Ihnen besonders auf der Seele brennt und das Ihrer Meinung nach bisher zu kurz gekommen ist. Dann nichts wie her damit!



Besuchen Sie auf Facebook meine Seite und klicken Sie auf „*Gefällt mir*“.



Werden Sie mein „*Follower*“ auf Twitter unter *@udostein\_md1* und verfolgen dort meine „Tweets“



Besuchen sie meine Homepage [www.udostein.de](http://www.udostein.de), oder die unseres Kreisverbandes [www.kuen.sha.afd-bw.de](http://www.kuen.sha.afd-bw.de)



Schreiben Sie mir einen Brief an *Udo Stein, Postfach 02 in 74424 Bühlertann*



Schreiben Sie mir eine E-Mail an [udo.stein@afd.landtag-bw.de](mailto:udo.stein@afd.landtag-bw.de)

Schauen Sie bei unseren Veranstaltungen vorbei. Informieren Sie sich über unsere Stammtische. Lernen Sie uns und die AfD näher kennen. **Wir freuen uns auf Sie!**



*Frohe Weihnachten und ein  
erfolgreiches Jahr 2018!*

